

Friedensordnung gestalten

Offener Brief an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags

(an den Vorsitzenden des Ausschusses sowie an die Adresse des Ausschusses mit Bitte um Weiterleitung an alle Ausschussmitglieder)

Betreff: Antwort auf das Schreiben vom 28.10.2024 von Dr. Marcus Faber (MdB)
auf den offenen Brief „Friedensordnung gestalten“ vom 10.10.2024

Sehr geehrter Herr Dr. Faber,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Verteidigungsausschusses,
vielen Dank für Ihre Antwort. Wie angekündigt führen wir eine offene Korrespondenz.
Da sich unser Brief vom 10. Oktober an den Verteidigungsausschuss richtete,
wenden wir uns heute gleichfalls an das Gremium.

Im Antwortschreiben vom 28.10.2024 blieben Inhalt und Anliegen unseres Briefes vom
10. Oktober leider weitestgehend unberücksichtigt. Auch vermissen wir eine kritische
Reflexion zur Mitverantwortung der USA, der NATO und Deutschlands an den
besorgniserregenden geopolitischen Konflikten weltweit. Diesbezüglich bekräftigen wir
unseren Wunsch nach breiten gesellschaftlichen Debatten und dem beständigen Dialog
zwischen Bürgerschaft und Politik, welcher wechselseitig Wirksamkeit entfaltet.

Das Antwortschreiben vom 28. Oktober enthält Aussagen, die wir nicht nachvollziehen
können, deren Verständnis für das hier behandelte Thema jedoch bedeutsam ist:

Zitat 1: „... regelbasierten Weltordnung, die aus den schlimmen Erfahrungen
des zweiten Weltkriegs entstand“

- Aufgrund der schlimmen Erfahrungen des zweiten Weltkriegs wurde das
Völkerrecht weiterentwickelt, unter anderem 1945 die UNO gegründet.
Ist der Begriff „regelbasierte Weltordnung“ mit dem Völkerrecht identisch?
- Falls es sich bei „regelbasierte Weltordnung“ um ein Vertragssystem parallel zum
Völkerrecht handelt: Wie lauten die Vereinbarungen? Welche Länder haben sie
unterzeichnet und ratifiziert? Wo kann man die Vereinbarungen nachlesen?

Zitat 2: „Zu wirksamer Abschreckung gehört auch, nicht nur einen Angriff abwehren zu
können („deterrence by denial“), sondern auch präzise militärische Ziele im Hinterland
mit konventionellen Waffen treffen zu können und die andere Seite dabei in
Unsicherheit lassen, wann und wo man zuschlägt („deterrence by punishment“).“

- Laut UN-Initiative „New Agenda for Peace“ ist Vertrauen wesentlich für ein
wirksames System der kollektiven Sicherheit. Wörtlich heißt es „Vertrauen entsteht
durch Berechenbarkeit.“ Das Völkerrecht fördert berechenbares Verhalten,
das wiederum Vertrauen festigt.“ Ihre Argumentation steht dazu im Gegensatz.
- Russland könnte bei einer derartigen Aussage offizieller Mandatsträger vermuten,
dass Deutschland im NATO-Bündnis die Fähigkeit für einen Erstschlag
(„Enthauptungsschlag“) anstrebt und entsprechend reagieren.
Wie bewerten Sie hier das Risiko einer Rüstungs- und Eskalationsspirale?

Unter dem Grundsatzpunkt **VERTRAUEN** heißt es bei „New Agenda for Peace“ u.a.: „In einer Welt souveräner Staaten gründet internationale Zusammenarbeit auf Vertrauen. Zusammenarbeit kann ohne die Erwartung, dass die Staaten die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen einhalten, nicht funktionieren.“

Teile der Bundespolitik scheinen bestrebt, Deutschland von den Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags zu lösen, (siehe maritimes taktisches NATO-Hauptquartier in Rostock; siehe Papier WD 2 - 3000 - 008/24 der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags). Der Zwei-plus-Vier-Vertrag gilt als „abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“. Er ersetzt faktisch einen Friedensvertrag. Abgesehen vom Aspekt des Vertrauensbruchs und von der Frage, inwieweit ein solches Bestreben mit dem im Grundgesetz formulierten Friedensgebot vereinbar wäre: Welche Konsequenzen hätte in der aktuellen geopolitischen Lage ein Fehlen friedensvertraglicher Vereinbarungen für Deutschland aus völkerrechtlicher Sicht?

(siehe hierzu auch Art. 53 sowie Art. 107 UN-Charta: Feindstaatenklausel)

Wir möchten Ihre Positionen zu unseren Fragen nachvollziehen können und danken für inhaltsbezogene, konkrete und ausführliche Antworten.

In unserem Netzwerk gibt es die Idee, einen offenen Bürgerdialog zur UN-Initiative „New Agenda for Peace“ zu organisieren. Diesbezüglich bitten wir Sie die Möglichkeit zu prüfen, ob Sie als Mitglied des Verteidigungsausschusses an einer solchen Veranstaltung teilnehmen können. Wir werden uns dazu in Kürze an Sie wenden.

Dieser offene Brief ist in der Zusammenarbeit vieler Menschen entstanden. Für Antworten und Reaktionen, die wir öffentlich behandeln, soweit Sie dem nicht widersprechen, nutzen Sie bitte unsere Kontaktadresse: dialog.friede@mailbox.org.

versandt am 15.11.2024

unterzeichnet

- *Dialog für Frieden und Demokratie* (<http://dialog-friede.de/>)
- *Petitionsbündnis* www.rosenblaetter-im-irrgarten.de
- *Initiative Planet des Friedens und der Friedenschor Bautzen* (<https://www.planet-des-friedens.de/>)
- *Leipzig gegen Krieg* (<http://www.attac-leipzig.de/leipzig-gegen-krieg/>)
- *Bürgerinitiative OFFENE HEIDE* (<http://www.offeneheide.de>)
- *Welt ohne Waffen - Friedensinitiative Weimar* (<https://welt-ohne-waffen-weimar.de/>)
- *Friedensbündnis Kamenz* (<https://www.facebook.com/groups/458689416200471/>)
- *Attac Halle* (<https://www.attac-netzwerk.de/halle/startseite/>)
- *Leipzig bleibt friedlich!* (<https://leipzig-bleibt-friedlich.org/>)
- *FRIEDEN WAGEN* (<https://www.friedenwagen.de/>)
- *Frieden & Diplomatie* (<https://www.friedenunddiplomatie.de/>)
- *Diplomatie statt Waffen* (siehe unter <https://www.friedenunddiplomatie.de/>)

Anlage Antwortschreiben Dr. Marcus Faber vom 28.10.2024



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Dr. Marcus Faber MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Dr. Marcus Faber MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 28.10.2024

Dr. Marcus Faber MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Dorotheenstraße 93
Raum: 116/118
Telefon: +49 30 227- 75277
Email: marcus.faber@bundestag.de

Bürgerbüro Stendal:
Hohe Bude 15
39576 Stendal
Telefon: +49 3931 575 96 51
Fax: +49 3931 575 96 52
Email: marcus.faber.wk@bundestag.de

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Offener Brief - Friedensordnung gestalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren offenen Brief. Wie Sie richtig feststellen, ist die weltweite Lage besorgniserregend. Autoritäre Staaten wie die Volksrepublik China, Russland, der Iran oder Nordkorea arbeiten aktiv an der Überwindung der regelbasierten Weltordnung, die aus den schlimmen Erfahrungen des zweiten Weltkriegs entstand.

Stellen wir uns dem nicht entgegen, steht am Ende eine Welt des Rechts des Stärkeren mit Einflusszonen, die sich die Diktaturen aufgeteilt haben. Das erinnert an das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts. Das darf sich nicht wiederholen.

Nach dem kalten Krieg haben wir einseitig abgerüstet. Von beispielsweise ursprünglich 2.000 Kampfpanzern ging die Bundeswehr auf aktuell ca. 350 Stück. Die Kriege Russlands unter anderem gegen Tschetschenien, Georgien und die Ukraine; die Aggression der VR China gegen Taiwan oder die Philippinen; der Angriff von Hamas, Hisbollah und Iran auf Israel oder die aktive Hilfe Nordkoreas und des Irans für Russlands völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen, dass unsere einseitige Abrüstung die Welt nicht sicherer gemacht hat.

Im Rahmen der Stationierung der US-Amerikanischen Waffensysteme werden keine Nuklearwaffen in Deutschland stationiert. Die Vereinbarung der beiden Regierungen spricht explizit von konventionellen Waffensystemen. Die USA haben zudem die letzten mit Atomsprengköpfen bestückten Tomahawks 2013 ausgemustert. Alle Sprengköpfe vom Typ



W80-0 wurden vernichtet. Nuklearsprengköpfe würden auch dem Zweck des Einsatzes dieser Waffen widersprechen.

Zu wirksamer Abschreckung gehört auch, nicht nur einen Angriff abwehren zu können („deterrence by denial“), sondern auch präzise militärische Ziele im Hinterland mit konventionellen Waffen treffen zu können und die andere Seite dabei in Unsicherheit lassen, wann und wo man zuschlägt („deterrence by punishment“). Das ist wichtiger ein Teil der Wahrheit, wie wir Frieden sichern können.

Die Rüstungsexporte aus unserem Land unterliegen strengen Regularien. Im Jahr 2023 gingen 89% der Lieferungen an EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder sowie Südkorea, Singapur und die Ukraine. Die Ukraine bekommt den größten Anteil. Das Land befindet sich in einem Überlebenskampf gegen den völkerrechtswidrigen Angriff aus Russland. Wenn wir hier die Unterstützung einstellen, werden sich die Verbrechen wie in Butscha landesweit wiederholen.

Die Außenpolitik der Bundesregierung ist nicht konfrontativ, sondern auf den Erhalt der regelbasierten Weltordnung ausgerichtet. Das erfolgt unter anderem durch das Engagement in internationalen Organisationen wie der UNO, in Staatenverbänden wie der EU, in Verteidigungsbündnissen wie der NATO oder mit der humanitären, politischen und militärischen Unterstützung der Ukraine.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Marcus Faber". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Marcus Faber MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses